

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnahme und in allen Kiosken erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,30 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Bäckerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-21, Bäckerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr außer Dienstag u. Donnerstag

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,38 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Bäckerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 19. Juni 1928 Nummer 141

Das Truskapital diktiert

Die Forderungen der Schwerindustrie als Grundlage des Regierungschalters

Am Montagvormittag hat Hermann Müller die Verhandlungen zwischen den an der Regierungsbildung beteiligten Parteien über die sachlichen Grundlagen des Regierungsprogrammes fortgesetzt. Zu den Verhandlungen waren die zuständigen Sachreferenten der einzelnen Parteien hinzugezogen worden. Nach einer Meldung der Telefonunion wurde bei den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die im Mittelpunkt der Verhandlungen standen, eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt. Das Urteil über den weiteren Gang der Verhandlungen, die heute vormittag fortgesetzt werden, ist nach Meldung der Telefonunion nicht einheitlich. In Zentrumskreisen hofft man, daß die Verhandlungen heute zum Abschluß kommen werden. Die SPD-Presse berichtet über den Gang der Verhandlungen immer kleinlaut. Der Vorwärts von gestern weiß über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses nur zu sagen, „daß man über Steuer-, sozialpolitische, Wirtschafts- und Wohnungsfragen beraten habe“. Das Zentralorgan der SPD verschweigt schamhaft, daß die Parteien des Bürgerbundes unverschämte Bedingungen für die Bildung der Großen Koalition gestellt haben. Deutlicher sprechen die Blätter jener bürgerlichen Parteien, mit denen die sozialdemokratischen Führer die Große Koalition bilden wollen. Aus ihren Äußerungen über den langsamen Fortgang der Regierungsverhandlungen geht unzweifelhaft hervor, daß sie nach und nach alle ihre Forderungen, die sie als Bedingung für ihre Beteiligung an der Großen Koalition gestellt haben, seitens der sozialdemokratischen Führer erfüllt bekommen, oder zumindest auf dem besten Wege dazu sind. So schreibt die Rostocker Zeitung:

„Die Parteien bringen ihre Parteiwünsche vor, die natürlich oft sehr gegensätzlich sind. Bei den Steuerfragen verlangen die Sozialdemokraten Senkung der Lohnsteuer, aber eine Erhöhung der Einkommensteuer. Die Volkspartei tritt diesen letzteren Forderungen lebhaft entgegen. In sozialpolitischen Dingen wird vorläufig alles, was schon ist, (!!) gefordert, ohne daß die finanzielle Tragweite ausschlaggebende Berücksichtigung findet. Die Schulfragen sind immer noch nicht geklärt. Sie sind den Fraktionsvorständen zur weiteren Beratung überwiesen.“

Einen stärkeren Druck zum noch größeren Entgegenkommen übt die DZ Streifemanns auf die SPD-Führer aus. Zu diesem Zweck bezeichnet sie höhnisch die Tatsache:

„... daß eine Partei (SPD), die ihren Aufstieg vor allem wirtschaftspolitischen Agitation verdankt, außer dem Reichsfinanzministerium nicht ein einziges Ressort mit wirtschaftlichem Einfluß beansprucht. Es liegt darin das Eingeständnis der eigenen Schwäche. Die Sozialdemokratie wagt es nicht, ein Amt wie das Reichsarbeitsministerium zu übernehmen, weil sie fürchtet, daß ihre Anhänger ihr in Scharen weglassen werden, wenn ihr die Verantwortung für die Schlichtung der Lohnfragen und die Sozialpolitik zukommt.“

Andererseits macht die DZ gar kein Hehl daraus, daß man den Forderungen der SPD-Führer nicht weit entgegenkommen wird, und sie sich mit wenigem zu begnügen haben. Sehr interessant sind in dieser Hinsicht die Äußerungen der DZ zur Forderung der SPD-Führer, einen bestimmten Einfluß auf die Reichswehr zu bekommen. Die DZ schreibt:

„Was schließlich die Frage der Reichswehr betrifft, so liegt anderes Erachtens kein Anlaß vor, sie jetzt von seiten der bürgerlichen Parteien in den Vordergrund zu schieben. Die Stellung des Reichswehrministers Gröner ist unbestritten. (!) Die Forderung der Linken nach einem Staatssekretär übersteigt die Tatsache, daß die Chefs der Heeres- und Marineleitung ja die Staatssekretäre des Reichswehrministeriums sind. In den Fragen des Heeres und der Marine gibt es Grenzen des Entgegenkommens (!). Der Panzerkreuzer wird unbedingt gebaut werden, und wir glauben nicht, daß es zweckmäßig ist, darüber heute viele Worte zu verlieren.“

Gewiß wird ein Zeitpunkt kommen, wo evident wird, daß zwischen den Koalitionsparteien unüberbrückbare Gegensätze gerade in den Wehrfragen bestehen. Deswegen aber braucht die heutige Kabinettsbildung nicht zu scheitern. Heer und Marine sind stark genug, und dem politischen Tagesstreit genügend entgegen, um ohne jede Gefahr für ihren inneren Bestand, für ihre Disziplin und ihren weiteren Aufbau auch unter einer sozialdemokratischen Kanzlerschaft sich orientieren zu können. Man darf abwarten, ob bedrohliche Einflüsse sich geltend machen. Der heutige Reichswehrminister und der Oberbefehlshaber der Wehrmacht werden dafür Sorge tragen, daß in dieser Beziehung Gefahrenmomente nicht entstehen.“ (!)

Das ist die Sprache des Truskapitals, die von den SPD-Führern die Anerkennung ihrer Forderung verlangt. Die SPD-Führer sind bereit, das Diktat des Truskapitals zu schlucken. Bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen stehen nicht mehr die Ansprüche der sozialdemokratischen Führer um den Einfluß in der Regierung und der Gestaltung der künftigen Politik, was zur Entscheidung steht ist das Diktat des Truskapitals. Die SPD-Führer und ihre

Presse vollführen ein Schauspiel überliefen Kuhhandels. Sie verschweigen noch immer, daß sie sich den wesentlichsten Forderungen der Parteien des Bürgerbundes unterworfen haben, daß sie bereit sind, die Große Koalition auch in Preußen zu schaffen und der Forderung des Zentrums nach Wiedereinführung des Schulverpflichtungsgesetzes zuzustimmen. Hinter verschlossenen Türen wird durch die Geheimdiplomatie der Regierungsfürs festgelegt. Die Interessen der Arbeiter werden an das Truskapital um einige Ministerposten verschachert. So erfüllt die SPD ihre Wahloversprechungen. Die Arbeiter müssen mit ihrem Proteststurm in den Betrieben und Gewerkschaften die Antwort geben.

Die erste Lehre der neuen „Vernzeit“

Es beginnt jetzt eine neue Vernzeit der Arbeiterbewegung, verkündet die sozialdemokratische Parteiführung an jedem Tage eindringlicher, wo die Forderungen ihrer bürgerlichen Koalitionspartner unverfüllt und frecher erhoben und von ihr geschildet werden.

Die erste Lehre, eine ganz gründliche unvergessliche Lehre dieser Vernzeit, die in ganz anderem Sinne das Proletariat durchmacht, als die Sozialdemokratie es meint, sie liegt vor, nachdem die Bildung der Koalitionsregierung so gut wie abgeschlossen ist. Niederdrückender ist die Bilanz der sozialdemokratischen Taktik, um jeden Preis mit der Bourgeoisie gemeinsam zu regieren, schon bei der Aufstellung des Programms der Koalitionsregierung.

Nach der Wahl hoffte die sozialdemokratische Parteiführung, davonzukommen, wenn sie alle, aber auch alle ihre in der Wahl demagogisch aufgestellten Forderungen fallen ließ und so rasch als möglich und so unbedarbt als möglich die Regierung zustande brachte. Jeder Arbeiter erinnert sich an ihre Lösungen: „Sicherungen, Bindungen, Garantien, Versprechungen bedeuten weniger als nichts... Die Wähler sind viel zu nüchtern, als daß sie jetzt noch etwas auf Versprechungen geben, die ja dann doch nicht gehalten werden, mit einem wochenlangen Hin- und Hergerren und mehr oder minder verwässerten Formulierungen ist dem Volk wenig gebient“, so schrieb der Vorwärts das eine Mal, am 27. Mai. „An erblosen Verhandlungen über Richtlinien, Punktationen, Sicherungen, Garantien, Forderungen und Gegenforderungen... hat außer den Schadenfreuden niemand ein Interesse; auf greifartige Versprechungen, von denen man nicht weiß, ob sie gehalten werden, wird im Lande dranhin verzichtet“, so schrieb der Vorwärts das andere Mal, am 7. Juni.

Das war die Theorie der Kapitulation um jeden Preis. Aber nicht einmal diese Kapitulation wurde der Sozialdemokratie zugelassen. Die Kapitulationstaktik verfehlte sofort das nach der Wahl durch die Wahlminderlage gescheite Machtbewußtsein im Lager der Bourgeoisie, die bürgerlichen Fraktionen unter Führung der Deutschen Volkspartei stellten ihrerseits Richtlinien, Forderungen, Punktationen. Immer wieder brachten sie Hermann Müllers programmlose Kunst zum Scheitern. Schließlich entstand eine 24gliedrige Diktatur-Kommission, in der die 9-Millionen-Stimmen-Partei ganz vier oder fünf Vertreter hatte, die bürgerlichen Verlustparteien die anderen. Und jetzt ist das Programm dieser Kommission so gut wie fertig. Heute Dienstag wird der Schlußbericht geklärt. Schon jetzt kann man den Communiqués die Hauptstrichlinien der

105000 Stimmen

erhielten wir bei der Reichstagswahl im Bezirk Ostfachsen. Dieser Wahlausgang verpflichtet uns, unseren Einfluß zu steigern, die Wählerzahl zu erhöhen. Ein notwendiges und gesundes Verhältnis der Wählerzahl zur Zahl der Wähler muß hergestellt werden. Wir werden die Wähler nur um uns geschart behalten, wenn wir sie ideologisch an uns binden, organisatorisch erfassen.

Aus den Wählern müssen bewußte Klassenkämpfer werden. Dann werden sie tätig sein, unsere Front zu verbreitern.

Die Partei hat, um die Massen zu erfassen, eine Werbetampagne angelegt. Der Zeitungsvorlag veranlaßt ein Preiswerben. Bücher von Lenin, Marx, Gorki, Jack London u. a. werden als Preise ausgelegt. Morgen werden wir auf die besonderen Bedingungen eingehen.

Strengt alle Kräfte an, werbt für Partei und Freile. Organisiert die Armee des Klassenkampfes.

Die Amnestieberatung soll verschleppt werden

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat durch den Genossen Stöcker an den Reichstagspräsidenten Lübe erneut das dringende Ersuchen auf sofortige Einberufung des Rechtsausschusses gerichtet. Nachdem das Plenum des Reichstages den kommunistischen Amnestiegesetzentwurf samt den übrigen diesbezüglichen Anträgen dem Rechtsausschuß überwiesen hat, besteht die allgrößte Gefahr, daß der Reichstag nur zur Entgegennahme der Regierungserklärung noch einmal zusammentritt, um sich dann auf endlose Monate Erholungsferien zu gönnen. Es ist Sache der Betriebs-, ihren Druck auf das Parlament und ebenso auf die sozialdemokratischen Führer samt Herrn Lübe zu verstärken, damit die Erledigung der Amnestie ohne Verzögerung erfolgen kann.

Die erste Lehre der neuen „Vernzeit“

Programmbasis der kommenden „Links“-Regierung entnehmen. Hier sind sie:
Fortsetzung der imperialistischen Außenpolitik des Bürgerbundes, Machterweiterung der Bourgeoisie im Staatsapparat und Festlegung der SPD auf eine Wahlreform mit der Verpfechtung der Kommunistenabteilung wie in Frankreich, Schulverpflichtung und Steuerreformen für die Bourgeoisie. Dazu Unanständigkeit des Reichswehrprogramms plus Festlegung der SPD auf Zustimmung zum Panzerkreuzerbau!

Dafür erhält die SPD als „Angebot“ Versprechen auf Einführung eines Verfallsjahres am 11. August, Versprechen auf Abschaffung der Todesstrafe durch das sogenannte Ordentliche Gericht (wie die letzte Erfahrung zeigt, wird dagegen die Todesstrafe durch die Schupo auf der Straße um so rigorosier in der kommenden Koalitionsperiode verhängt werden), Ratifizierung des Schlichtentages, d. h. papierenen Zustimmung zu einer allgemeinen Ratifizierung des Schlichtentages in der Welt, nachdem es heißt, daß eine ganze Reihe von Ländern schon jetzt die Ratifizierung abgelehnt haben, z. B. England, d. h. also, gefährlicher Feldzug der Koalitionsbourgeoisie in dieser entscheidenden Frage. Dazu noch einige Maßnahmen in der Sozialpolitik „Verbesserungen“ auf die man nach den bisherigen Übereinkünften wahrhaft gespannt sein kann.

Das ist, kurz zusammengefaßt, die Bilanz der sozialdemokratischen Taktik gleich zu Beginn der „Vernzeit“, die die Arbeiterklasse nach ihrem Respekt auszuheben soll, um „in der Regierung Erfahrungen zu sammeln“, wo sie „mitregieren“ soll, um „stärker zu werden“.

Diese beispiellose Niederlage der härtesten Partei Deutschlands nach ihrem großen Wahlerfolg ist so weit hin sichtbar, daß die Sozialdemokratie in den eigenen Reihen nur schwer die Stimmen der Kritik durch ungenügende Reaktionen über ihre neuesten Siege beim Kuhhandel niederhalten kann. Deshalb erhält die Theorie der Kapitulation vor der Bourgeoisie täglich neue Auffrischungen. Das letzte und neueste Argument erfuhren die sozialdemokratischen Arbeiter aus dem Sonntag-Vorwärts zweifellos mit nicht geringem Staunen. Es lautet wörtlich so:

„Da nach dem neuen sozialdemokratischen Wahlprogramm mindestens der Ausbruch eines neuen Weltkrieges abgewartet werden muß, bevor für den Sieg des Proletariats ein günstiges getan werden kann, erweist sich von selbst die Frage, womit die Zeit bis dahin ausgefüllt werden soll.“

Weil also nichts „Endgültiges“ getan werden kann, so verfährt der Vorwärts plump die kommunistische Lehre, daß gegenwärtig die Arbeiterklasse sich noch in der Sammlung befindet, daß noch nicht eine unmittelbar revolutionäre Situation besteht, die es den Massen erlaubt, zur Revolution zum bewaffneten Aufstand, zur Errichtung der proletarischen Diktatur zu schreiten, so sei es nötig, an Stelle von „Kontroll-Paraden, Prügeln im Parlament und Reden von Emil Höllein“ eine Verräterregierung gemeinsam mit dem Truskapital zu bilden. „Das Volk will leben, lieber schlecht als gar nicht, aber womöglich etwas besser... Darum ist es nicht gleichgültig, ob Zölle und Steuern, die die Massen belasten, um ein paar Mark höher oder niedriger sind. Es ist ferner nicht gleichgültig, ob die soziale Fürsorge von Staatswegen als Kern und Stern der Politik oder nur als lästiger Ballast kapitalistischer Aufstiegsmöglichkeiten behandelt wird. Es ist drittens auch nicht gleichgültig, ob in der Republik, deren Bestand durch die Arbeit des „verräterischen“ Reformismus leidlich gesichert ist, der Einfluß der großen Arbeiterorganisationen wächst, oder ob Echarfmacher, Falchisten, Diktaturapostel und Kriegshäcker über den Lauf der Staatsmaschine entscheiden. Das bringt uns auf den vierten Punkt: Es ist auch nicht gleichgültig, ob die deutsche Republik den Kurs auf den Frieden über die Völkerverföhnung nimmt, oder ob sie durch eine Politik der Phrasen und des diplomatischen Abenteuerens die in Europa vorhandenen Kriegspfeifen noch vermehren will.“ Aus all diesen Gründen „ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion